Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4270

20. 06. 80

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. Juni 1980

am Donnerstag, dem 26. Juni 1980

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 10

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . . . 10, 14 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 2, 14 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz 2

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 3, 18 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 4, 19 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . 5, 20 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 2, 21 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 7, 22 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . 23 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 9, 24 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . 10, 28 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 26 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 27 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 2, 27 *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . 28 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Buch von Hugh Thomas „The Murder of Rudolf Hess“ (Verlag Coronet Brooks) bekannt, in dem der Autor glaubt nachweisen zu können, daß der ehemalige Reichsminister Rudolf Hess nicht mit dem in Spandau Einsitzenden identisch sein kann, und welche Schlußfolgerungen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung hieraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

2. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Suche nach einem Kostenträger für die Aufnahme in eine Werkstatt für Behinderte zu Lasten der Behinderten oft monatelang, nicht selten bis zu einem Jahr, in Anspruch nimmt, und wenn ja, wie gedenkt sie das zu ändern?

3. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die augenblickliche Rechtslage des § 58 des Arbeitsförderungsgesetzes in der gültigen Fassung ab 1. August 1979 als hinreichend an, auch behinderten Erwerbsunfähigkeitsrentnern berufsfördernde Maßnahmen in Werkstätten für Behinderte zuzubilligen, und wenn nein, welche Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes müßten erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Teilt die Bundesregierung – auch für die Situation in der Bundesrepublik Deutschland – die Ergebnisse des UNESCO-Kongresses, die in der Charta des Bonn-Kongresses niedergelegt sind, wonach in den meisten Länder eine bemerkenswerte Kluft zwischen der gesetzlichen Gleichberechtigung von Frauen und ihren tatsächlichen Bildungschancen besteht, und welche Konsequenzen hat sie daraus gezogen?

5. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Bildungspolitik eine Möglichkeit, die auf diesem Kongreß diskutierte Mehrfachbenachteiligung von Frauen abzumildern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Sind der Bundesregierung neuerliche Berichte aus den USA bekannt, nach denen die amerikanische nationale Wissenschaftsakademie NAS festgestellt haben soll, derzeit werde unter Einwirkung chemischer Substanzen doppelt so viel Ozon in der Erdatmosphäre abgebaut als 1976 angenommen und prognostiziert worden sei, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dieser alarmierenden Nachricht zu ziehen?

7. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um – entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 29. November 1979 – die Einführung von Fernüberwachungssystemen in allen Bundesländern, in denen kerntechnische Anlagen in Betrieb sind, zu realisieren?

8. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie ist der Sachstand der Einführung von Fernüberwachungssystemen in den einzelnen Bundesländern?

9. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung extrem harte Trainingsmethoden für Kinder und Jugendliche im Leistungssport, die, wie beispielsweise von Sachverständigen aus dem Deutschen Schwimmverband berichtet wurde, Kinder und Eltern in psychische und soziale Isolierung treiben, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Fehlentwicklungen, die mit Kinderarbeit vergleichbar sein könnten, in diesem Bereich zu vermeiden oder einzuschränken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Welche Gründe haben der Bundesregierung vorgelegen, beim Doppelbesteuerungsabkommen mit Liberia den Seeleuten unter Billigflagge Steuerfreiheit zu gewähren, während den Seeleuten unter deutscher Flagge keinerlei Steuererleichterung zukommt?

11. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die Steuerfreiheit für Seeleute, die auf Schiffen unter der Billigflagge von Liberia fahren, dazu beiträgt, den Ausflaggungsprozeß zu beschleunigen?

12. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Wie hoch ist der Anteil von Einkommensteuerbescheiden, die wegen Eingabefehlern bei der Datenverarbeitung bzw. Fehlern im Programm angefochten werden?

13. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

In welcher Höhe und in welchen Ländern hat der Bund seit Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Kreditaufnahme des Bundes im Ausland (Drucksache 8/3961) Kredite zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen?

14. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

In welcher Form (Darlehensart und Währung) und zu welchen Konditionen (einschließlich eventueller Sicherheiten) wurden die Kredite aufgenommen?

15. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Sind vom Bund seit Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Kreditaufnahme des Bundes im Ausland (Drucksache 8/3961) ergänzende Vereinbarungen mit ausländischen Regierungen über die Kreditaufnahme zur Haushaltsfinanzierung des Bundes im Ausland getroffen worden, und was ist deren Inhalt (Höhe des in Aussicht genommenen Kreditvolumens, Sicherheiten)?

16\. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Mit welchen Ländern sind solche Absprachen getroffen worden, und mit welchen Ländern werden solche Absprachen noch angestrebt?

17\. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in dem Sitzungssaal des Bundesfinanzministeriums, in dem bisher nur das Porträt des jeweiligen Bundespräsidenten angebracht war, seit dem Wechsel von Bundespräsident Scheel auf Bundespräsident Carstens zusätzlich auch ein Bild von Bundeskanzler Schmidt entgegen der bisherigen Praxis angebracht worden ist, und ist diese Neuerung auch in anderen Bundesressorts eingeführt worden?

18\. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Aussondern schlechter Risiken, wie sie anscheinend Ausländer und Firmenkunden darstellen, durch Kraftfahrzeughaftpflichtversicherer (wie z. B. die Colonia Versicherungs-AG), und wird sie das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen mit der Prüfung von Lösungsmöglichkeiten für die Ursachen der immer häufiger geäußerten Klagen über die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung auch in bezug auf Schadensregulierung und Prämiendifferenzierung beauftragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19\. Abgeordnete **Frau Dr. Balser** (SPD)

Ist der Bundesregierung der Vorschlag der EG-Kommission bekannt, wonach Kühl- und Gefrierschränke, Waschmaschinen und Geschirrspüler in den EG-Ländern mit einem orangefarbenen Etikett versehen werden sollen, das den Verbrauchern Informationen über Energieverbrauch und gegebenenfalls Wasserverbrauch und Geräuschpegel vermittelt, und wäre die Bundesregierung bereit, diesen Vorschlag zu fördern und auch auf die Industrie einzuwirken, sich auf Maschinen mit höherem Wirkungsgrad einzustellen?

20\. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß Arzneimittelimporteure unter Ausnutzung von Preisverhältnissen, die den Römischen Verträgen widersprechen und von der EG-Kommission mehrfach beanstandet wurden, Arzneimittel aus EG-Ländern in die Bundesrepublik Deutschland verbringen und sich damit unzulässige Wettbewerbsvorteile verschaffen?

21\. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Ist die Bundesregierung gewillt, gespaltene Endverbraucherpreise in Kauf zu nehmen, die der Verordnung über Preisspannen für Fertigarzneimittel (gültig ab 1. Januar 1978) widersprechen?

22\. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Aus welchem Haushaltstitel des Bundes sind die Kosten übernommen worden, die der Bundeswirtschaftsminister an Auslagen für die Verteilung der Broschüre der Bundesregierung „Ferienfahrt 80", versehen mit einem Begleitschreiben des Bundesministers, datiert auf den 12. Juni 1980, welche als Beilagen in Tageszeitungen im Kreis Euskirchen und im Erftkreis erschienen sind, gehabt hat?

23. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie steht die Verteilung der Broschüre der Bundesregierung „Ferienfahrt 80“ durch den Bundeswirtschaftsminister in Form einer Beilage in Tageszeitungen im Kreis Euskirchen und im Erftkreis im Verhältnis zu den vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung aufgestellten Grundsätzen, wonach während der 5 monatigen Vorwahlzeiten in Bund und Ländern gilt, daß Informationsmaterial der Bundesregierung von Mandatsträgern und Wahlbewerbern nicht an Dritte und auch nicht mit Begleittexten versehen verteilt werden dürfen, zumal der Bundeswirtschaftsminister für die FDP im Wahlkreis 58 für die Bundestagswahl kandidiert, und sieht die Bundesregierung in dem Vorgehen des Bundeswirtschaftsministers einen Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977?

24. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung das von der Bezirksplanungsbehörde beim Regierungspräsidenten Münster im Mai 1980 vorgelegte „Rahmenkonzept für Bergehalden“ bekannt, und teilt sie die Auffassung, daß Kohle- und Bergehalden überregional gelagert werden sollten und vor allem die nationale Kohlenreserve in allen Bundesländern auf Lager genommen werden müßte?

25. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Werden bei den Überlegungen des Bundeswirtschaftsministeriums zu Änderungen der Ausführungsrichtlinien zur Preisangabenverordnung in bezug auf Kreditkosten auch Vertreter der Verbraucher, der Kreditnehmer und der Wissenschaft beteiligt, und wann kann auch in Hinsicht auf eine europäische Regelung mit eindeutigen, alle Kostenbestandteile einbeziehenden und korrekt berechneten Angaben des Effektivzinses bei den Kreditangeboten gerechnet werden?

26. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die überdurchschnittlich starken Erhöhungen der Lebenshaltungskosten (Mai 7, 2 prozentige Steigerung zu 5,7 v. H. im Bundesgebiet) in Berlin (West) in den letzten Monaten, wodurch bei Fortdauer dieser unverhältnismäßig stärkeren Steigerung im Vergleich zu anderen Ballungsräumen die durch die Präferenzierung gegebenen Vorteile wieder entzogen werden?

27. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

In welchem Verhältnis befinden sich der überdurchschnittliche Anstieg der Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Anstieg der Einkommensverhältnisse in Berlin (West) und im übrigen Bundesgebiet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

28. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Durch welche Wettbewerbsnachteile ist die Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in welchem Umfang gegenwärtig innerhalb der Europäischen Gemeinschaft belastet?

29. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU)	Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung zu den von Bundeskanzler Schmidt in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Juni 1980 angekündigten „unerläßlichen Anpassungen der Agrarpolitik“?
30. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung die Absicht, nach den Ankündigungen von Bundeskanzler Schmidt die gemeinsame Geschäftsgrundlage der EG-Agrarpolitik mit den Elementen gemeinsame Agrarpreise, Präferenz der EG-Agrarproduktion, gemeinsame Finanzierung und gemeinsamer Außenschutz aufzukündigen, oder an welche Maßnahmen hat die Bundesregierung sonst gedacht?
31. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die vom französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vor der ständigen Landwirtschaftskammer Frankreichs kürzlich geäußerte Auffassung, daß die fundamentalen Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik unantastbar seien?
32. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)	Wie stellt sich die Bundesregierung die Einführung von Ober- und Untergrenzen bei Nettozahlern und Nettoempfängern im Rahmen der EG-Agrarfinanzierung vor, wie Bundeskanzler Schmidt sie vorgeschlagen hat?
33. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik mit 0,6 v. H. des Bruttosozialprodukts der Europäischen Gemeinschaft nur einen geringen Bruchteil der Vorteile ausmachen, die dem industriell gewerblichen Sektor durch die Zollunion zugewachsen sind, die ohne eine gemeinsame Agrarpolitik gar nicht zustande gekommen wäre?
34. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Vertritt auch die Bundesregierung die vielfach in der Öffentlichkeit anzutreffende Meinung, daß der europäische Agrarmarkt nur „Überschüsse“ produziere, oder kann sie bestätigen, daß die Europäische Gemeinschaft der größte Importeur für Nahrungs- und Futtermittel ist und dadurch der gewerblichen Wirtschaft zusätzliche Exportchancen eröffnet werden?
35. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wie sie von mehreren ihrer Mitglieder befürwortet wird, daß anzustreben sei, „bei Überschußprodukten die Garantiepreise und Absatzgarantien schrittweise einzuschränken und gegebenenfalls für Betriebe ohne Produktionsalternative durch direkte, personenbezogene Einkommenshilfen zu ersetzen“, und daß dies bei einer Verwirklichung praktisch eine Aufkündigung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik bedeuten würde?
36. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es finanziell und auch sonst für durchführbar, das derzeitige Agrarpreissystem in der EG durch ein System der unmittelbaren Einkommensübertragung abzulösen, und wie hoch wären die Kosten hierfür?

37. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung die auch aus ihren Reihen stammenden Vorschläge verwirklichen, die „unsinnige Überproduktion innerhalb der Gemeinschaft zu beenden, ohne den sozialen Status der Landwirte zu gefährden"?

38. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung die unbedingt notwendigen Mengen an Nahrungsmittelvorräten bei den wichtigsten Agrarprodukten in der Europäischen Gemeinschaft, und in welchem Verhältnis stehen die derzeitigen „Überschüsse" zu der notwendigen Vorratshaltung?

39. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher Gesetze und sonstiger Bestimmungen ist die Bundesregierung verpflichtet – ähnlich wie bei Mineralöl und anderen industriellen Rohstoffen –, Vorräte an Nahrungsmitteln in der Bundesrepublik Deutschland anzulegen?

40. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die tatsächlich angelegten Vorräte bei den einzelnen Produktgruppen und deren Kosten im Verhältnis zu den gesetzlichen Aufträgen?

41. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung auch der Auffassung, daß die von ihr angelegten Nahrungsmittelvorräte in einem Krisenfall schnell aufgebraucht sind, und daß möglicherweise in einem Krisenfall Vorräte aus EG-Beständen nur äußerst begrenzt zur Verfügung stehen?

42. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Linie verfolgen zur Zeit die Vertreter der Bundesregierung im Agrarministerrat und im COREPER der EG hinsichtlich der Lösung der Fischereiprobleme in der Gemeinschaft?

43. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeit ein, daß das Vereinigte Königreich nach den Zugeständnissen insbesondere der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Entlastung Großbritanniens bei der Finanzierung des EG-Haushalts eine echte Kompromißbereitschaft zeigt?

44. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

In welchem Umfang besteht die Möglichkeit, Lebensmittel aus der EG-Überproduktion kurzfristig, gegebenenfalls unter Inanspruchnahme von Transportkapazitäten der Bundeswehr, zur Linderung des Flüchtlingselends und des Hungers in afrikanischen und asiatischen Ländern zu transportieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob beim Erweiterungsbau des US-Hospitals in Nürnberg Grundsätze des deutschen Bau- und Arbeitsschutzrechts außer Betracht geblieben sind, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, durch eine Änderung des NATO-Truppenstatuts sicherzustellen, daß die alliierten Streitkräfte zur Beachtung des deutschen Bau- und Arbeitsschutzrechts verpflichtet werden, soweit von Maßnahmen jedenfalls deutsche Arbeitskräfte betroffen sind?

46. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (Augsburger Allgemeine Zeitung vom 17. Juni 1980, Seite 2) zu, daß nach Aussagen des Einsatzleiters der Polizei, die das Gelöbnis im Bremer Weserstadion aus Anlaß der Rekrutenvereidigung vom 6. Mai 1980 zu schützen hatte, zunächst nur 15 bis 20 unzureichend ausgerüstete Feldjäger der Bundeswehr vor Ort gewesen seien, und daß sich aus dieser mangelhaften Vorbereitung und Ausrüstung ein Widerspruch zu den Aufklärungsergebnissen des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr ergäbe, der angeblich gewalttätige Ausschreitungen erwartet habe?

47. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Berichte der „Süddeutschen Zeitung" vom 10. Juni 1980 bestätigen, die sich dabei auf amerikanische Geheimdienstquellen beruft, daß die UdSSR Truppenverstärkungen in Europa durchführt?

48. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Trifft der Bericht der „Welt" vom 13. Juni 1980 zu, daß die DDR zwei neue Divisionen aufstellt?

49. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Veranstaltung von Ausstellungen der Bundeswehr, bei denen technisches Großgerät und Waffen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden?

50. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Tatsache, daß auch Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zu solchen Ausstellungen Zugang haben, mit ihren pädagogisch begründeten Bemühungen, das Angebot an Kriegsspielzeug zurückzudrängen?

51. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen zwischen den NATO-Partnern vereinbart werden konnte, ab 1981 in Sheppard Air Force Base, Texas, eine gemeinsame Ausbildung junger Flugzeugführer durchzuführen, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die qualitativ gute Ausbildung deutscher Piloten dabei sicherzustellen?

52. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für die Verwendung von Ausbildungsflugzeugen in Sheppard Air Force Base darauf zu drängen, daß deutsche Entwicklungen, die die Nachfolge des bisher verwendeten Modells T37 antreten könnten, als gemeinsame Trainingsmaschine der NATO-Partner verwendet werden, und was hat sie in diesem Zusammenhang unternommen, um im entsprechenden Auswahlwettbewerb der US Air Force deutsche Entwicklungen zu unterstützen?

53. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wieviel Raketen der Typen SS20, SS21 und SS22 stationiert sind, welche Reichweite diese Raketen haben, und wie es um die Möglichkeit bestellt ist, die Reichweite durch Anbringen einer weiteren Stufe für uns unerkannt zu erhöhen?

54. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die derzeitige Produktionskapazität der Sowjetunion bezüglich der drei genannten Typen, und wie erfolgt die Indienststellung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter **Leuschner** (SPD)

Durch welche Baumaßnahmen gedenkt die Bundesregierung die Sperrung der Grünentaler Hochbrücke im Zuge der B 204 für den gegenläufigen Straßenverkehr kurzfristig zu beheben, bzw. – falls dieses nicht möglich sein sollte – ist ein baldiger Ersatzbau für die kombinierte Straßen- und Eisenbahnbrücke geplant?

56. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung auf Grund des Ergebnisses einer angelegten Kontrolle in Nordrhein-Westfalen, in deren Verlauf Mängel an Transportfahrzeugen für gefährliche Güter bei 1573 Fahrzeugen von 6870 kontrollierten Fahrzeugen festgestellt worden waren die Auffassung, daß der Prozentsatz der beanstandeten Fahrer und Verhaltensweisen der Fahrzeughalter oder -fahrer namentlich bei Transporten von gefährlicher Fracht und bei Transporten solcher Güter, deren Transport auf Straßen unerlaubt ist, zu Maßnahmen Veranlassung gibt, und welche beabsichtigt die Bundesregierung durchzuführen?

57. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Leiter des Straßenneubauamts Kempten in der Allgäuer Zeitung vom 16./17. Juni 1980 in einem Interview erklärt hat, die laut Beschluß des Bundestages vom 13. Juni zur B 12 n herabgestufte A 98 werde auf der Strecke Waltenhofen–Weitnau unverändert zügig weitergebaut, wörtlich „Für uns ist keine neue rechtliche Situation eingetreten . . . Der jetzt in Bonn verabschiedete Bedarfsplan gilt für die Jahre 1981 bis 1985. Wir bauen noch nach dem Bedarfsplan 1980.“?

58. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, den Willen der Bundestagsmehrheit in der Weise im Allgäu durchzusetzen, daß der Bedarf lediglich einer B 12 n zweistreifig zwischen Hellengerst und Opfenbach realisiert wird, und zwar bei offener Neubeurteilung der Planung im einzelnen in der Trassierung?

59. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, die Forschungsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland bezogen auf Probleme zum Schutz des Wattenmeers unter Hinweis auf die Ergebnisse des zweiten Wattenmeergesprächs zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Dänemark am 28. Februar 1980 in Bonn künftig zu intensivieren und zu koordinieren?

60. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Wäre aus der Sicht der Bundesregierung zum Zwekke der Koordinierung und Intensivierung der Forschungsaktivitäten zum Schutz des Wattenmeers ein bundeseigenes Institut für Wattenmeerforschung sinnvoll, und gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls für eine Institutsgründung Schritte einzuleiten?

61. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat die Umweltbelastung durch eine Kombination von DDT und PCB auf die Fische und Säugetiere in der Nordsee, und können Feststellungen von Wissenschaftlern, die von einer biologischen Zeitbombe sprechen, bestätigt werden, nach denen sich die Nordsee im Vorstadium einer ernsthaften Krankheit befindet?

62. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist durch die Umweltbelastung der Ostsee die schleswig-holsteinische Ostseeküste zukünftig gefährdet, und wie wirkt sich diese Umweltbelastung biotisch aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

63. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung insgesamt in der achten Legislaturperiode unternommen, um eine Vergrößerung des Baulandangebots herbeizuführen, und wie bewertet sie die tatsächlichen Ergebnisse ihrer Bemühungen?

64. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse haben die Bemühungen des Bundesbauministers erbracht, sich einen Überblick über das tatsächliche Ausmaß von Baulükken, insbesondere in den Städten, zu verschaffen?

65. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Durchführung von Baugeboten nach § 39 b des Bundesbaugesetzes in den Gemeinden vor?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

66. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach evangelische Pfarrer beim Bundeskanzler gegen das bevorstehende Sommerfest und sein Motto „Wa(h)lpurgisnacht" protestiert haben, und daß in einem Aufruf der Evangelischen Allianz davon gesprochen wird, daß „eine Regierung und eine Gesellschaft, die sich solchem Treiben hingibt, einen Weg in Auflehnung gegen den lebendigen Gott" gehe, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Kritik am Kanzlersommerfest dieses Jahres?

67. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Gefahr nicht gesehen oder nicht ernst genommen, daß mit dem Motto und dem Sinngehalt des bevorstehenden Kanzlerfestes, der aus der Gestaltung der Einladung hervorgeht, religiöse Empfindungen breiter christlicher Bevölkerungsgruppen verletzt werden können, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

68. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der im außereuroasiatischen Ausland lebenden Menschen deutscher Herkunft bzw. die Zahl der dort noch heute deutschsprechenden Bewohner?

69. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Mißt die Bundesregierung dem erwähnten Deutschtum im Ausland einen Stellenwert als Mittler zu anderen Völkern und Kulturen zu, und mit welchen Mitteln war oder ist sie geneigt, diese Funktion zu unterstützen?

70. Abgeordneter **Dr. Mende** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Propaganda der „DDR" gezielt um das Auslandsdeutschtum bemüht und zu diesem Zwecke seit Jahren die Zeitschrift „Neue Heimat", Informationskorrespondenzen oder das „Panorama DDR" verwendet?

71. Abgeordneter **Dr. Mende** (CDU/CSU)

Mit welchen Mitteln unterstützt die Bundesregierung die in Übersee erscheinenden deutschen Zeitungen bzw. deutschsprachige Sendungen in Funk und Fernsehen?

72. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den Vorwurf, ihre Auslandsvertretungen und die von ihr geförderten Kulturinstitute nähmen auf das bodenständige Deutschtum keine Rücksicht und ließen es z. T. bewußt an der Seite liegen?

73. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Stellung nimmt die Bundesregierung in jenen Fällen ein, wo das Deutschtum bzw. deutschsprechende Menschen einen hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung stellen oder, wie in den kanadischen Provinzen Alberta, British-Columbien und Saskatschewan die zweitstärkste ethnische Gruppe stellen?

74. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Ausland lebende Deutsche in vielen Fällen die Schrittmacher bei der Einführung deutscher Erzeugnisse und Dienstleistungen waren?

75. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Besteht nicht die Gefahr, daß sich im Ausland lebende deutsche Bevölkerungsgruppen vom bevorzugten Verkauf deutscher Waren abwenden, wenn sie sich von der Bundesregierung übergangen oder gar brüskiert fühlen?

76. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter den im europäischen Ausland lebenden deutschen Staatsbürgern große Verärgerung darüber besteht, daß sie an den Wahlen zum Deutschen Bundestag nicht teilnehmen können, obwohl sie sich nach wie vor als Deutsche fühlen und an den politischen Vorgängen in der Bundesrepublik Deutschland lebhaft Anteil nehmen, und welche Bereitschaft der Abhilfe besteht bei der Bundesregierung?

77. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um deutschen Kräften bei den Vereinten Nationen das Wahlrecht zum Bundestag während ihrer internationalen Dienstzeit zu gewährleisten?

78. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Zahl der deutschen Beamten des Generalsekretariats der Vereinten Nationen 1978 und 1979, und wie hoch ist ihre derzeitige Zahl?

79. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Wieviel Stellen im Generalsekretariat der Vereinten Nationen stehen heute der Bundesrepublik Deutschland nach ihrem Finanzanteil zu?

80. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

In welcher Weise waren die im März 1978 angekündigten Bemühungen, eine große Anzahl von deutschen Beamten für Tätigkeiten im Generalsekretariat der Vereinten Nationen zu gewinnen, erfolgreich?

81. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Warum hat Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher den Generalsekretär des African National Congress (ANC) offiziell empfangen, obwohl der ANC seine Ziele mit terroristischen Mitteln verfolgt und die südafrikanische Regierung deutsche Anerkennungstendenzen zu Gunsten der ANC mit einem Stopp der Chromlieferungen beantworten möchte?

82. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die Tschechoslowakei die Erhöhung der Pflichtumtauschquoten für Einzelreisende zurücknimmt bzw. den sogenannten Pflichtumtausch ganz abschafft?

83. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Gibt es einen völkerrechtlich relevanten Unterschied bei der Bereitschaftserklärung zur Beteiligung an einem System konkreter Garantien zwischen der englischen Fassung der Erklärung des Europäischen Rates über den Nahen Osten vom 13. Juni 1980 in Nummer 5 „including (guarantees) on the ground“ und der deutschen Fassung „Garantien, einschließlich solcher an Ort und Stelle“?

84. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Auf welchem Territorium, innerhalb welcher Grenzlinien und in was für Strukturen ist nach Auffassung der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft die gemeinsame Verwirklichung der „legitimen Rechte des palästinensischen Volks“ einschließlich der „vollen Ausübung des Selbstbestimmungsrechts“ sowie „des Existenzrechts und des Rechts auf Sicherheit aller Staaten der Region, einschließlich Israels“ „innerhalb sicherer, anerkannter und garantierter Grenzen“ (Nahost-Erklärung des Europäischen Rates in Venedig) möglich?

85. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist es richtig und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun, daß der Chef der Personalverwaltung der UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) in Wien, Herr Hugo Creydt aus der DDR, in Übereinstimmung mit dem Büro für Personalangelegenheiten in New York behauptet, daß die Bundesrepublik Deutschland sich auf keinen Nationalfeiertag im Sinne der „stuff rule 101.3“ berufen könne, so daß die Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland gezwungen sind, einen Nationalfeiertag als dienstfrei nicht in Anspruch nehmen zu dürfen?

86. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie erklärt es die Bundesregierung, daß die Ausreisegenehmigungen für Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit seit 1977 ständig, auch weiterhin 1980, rückläufig sind, und daß gleichzeitig die Sowjetunion in offiziellen Erklärungen diesen Sachverhalt für in Ordnung gehend hält?

87. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie weit sind die seit Dezember 1974 auf der Pariser Gipfelkonferenz beschlossenen Bemühungen der Staats- und Regierungschefs zur Einführung eines einheitlichen europäischen Passes gediehen?

88.	Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um zur Realisierung dieses Ziels beizutragen?
89.	Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)	Warum erkennt die Bundesregierung trotz des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs von 1971 nicht die Autorität des UNO-Rates für Namibia und damit auch die von ihm erlassenen Dekrete als legal an?
90.	Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung das Sammeln von Geld bei deutschen Unternehmen zum Kauf von Waffen für die von Südafrika abhängige UNITA, welche die Regierung Angolas bekämpft, in bezug auf unsere auswärtigen Beziehungen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Was unternahm das Auswärtige Amt nach Kenntnisnahme eines von amnesty international überreichten Gefängnisberichts eines in Marokko inhaftierten Deutschen?

2. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wie wird das Auswärtige Amt in Zukunft auf das Bekanntwerden von Misshandlungen von Deutschen in marokkanischen Gefängnissen reagieren?

3. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Meldung der estnischen Zeitung „Vöitleya" (Kanada) richtig, die Bundesregierung beabsichtige die Rückgabe der baltischen Archive, die gegen Ende des Kriegs aus Reval und Mitau nach Deutschland evakuiert worden waren, im Tausch gegen Archive mehrerer norddeutscher Städte, die in die Sowjetunion verbracht worden sind, und wäre auch eine Abwicklung dieses Tauschgeschäfts unter Kommunen nicht eine Veruntreuung fremden Eigentums, da die baltischen Staaten nach der Rechtsauffasung der Bundesrepublik Deutschland selbständige Staaten sind, die von der Sowjetunion rechtswidrig besetzt gehalten werden?

4. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Folgen nach Ansicht der Bundesregierung aus § 96 des Bundesvertriebenengesetzes auch Pflichten für die deutschen Rundfunkanstalten, an der Erhaltung des kulturellen Erbes und der geistigen Substanz der deutschen Kulturlandschaften des Ostens mitzuwirken, und wie kann die Bundesregierung die Grenzen derartiger Pflichten der Rundfunkanstalten, diese Werte im Bewußtsein des gesamten deutschen Volks und des Auslands zu erhalten und weiterzuentwickeln, definieren?

5. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach mehr als 80 deutschstämmige Sowjetbürger, aus Protest gegen die ihnen mehrfach verweigerte Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland, ihre Pässe an die sowjetische Staatsführung geschickt und betont haben, daß sie förmlich damit ihren Verzicht auf die Staatsbürgerschaft der UdSSR bekunden wollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wann mit der Vorlage eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, das eine Beschränkung der Nebentätigkeit von Beamten vorsieht, zu rechnen ist?

7. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der erheblichen Vorteile, die der auf Grund eines Forschungsauftrags des Umweltbundesamts entwickelte geräuscharme Lastkraftwagen hat [der erzielte Meßwert von 77 Dezibel (A) bedeutet, daß 20 solcher Fahrzeuge nicht lauter sind als ein herkömmliches Serienprodukt], möglichst bald derartige geräuscharme Lastkraftwagen serienmäßig herstellt und auf dem Markt angeboten werden sollten?

8. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Sieht die Bundesregierung neben der bisher vorgesehenen Erprobung von 50 dieser umweltfreundlichen Lastwagen ab 1981 durch die Deutsche Bundespost die Möglichkeit und Notwendigkeit zur Erprobung und zum Einsatz dieser umweltfreundlichen Laskraftwagen auch in anderen Bereichen der öffentlichen Hand und in der freien Wirtschaft?

9. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung die Reaktion von Bundesminister Baum gegenüber der Forderung von Professor Karl Friedrich von Weizsäcker, die jährlichen Ausgaben für Zivilschutz zu verzehnfachen, daß für Politiker „bei der Festlegung ihrer politischen Ziele die Wahrscheinlichkeit eines möglichst baldigen Eintritts eines Nutzens von großer Bedeutung" sei und der „Zivilschutz einen gegenüber anderen Aufgaben vergleichbaren Nutzen nicht zu bieten habe", und muß aus diesen Äußerungen nicht der Schluß gezogen werden, daß Schutzmaßnahmen nur dann sinnvoll sind, wenn sich der Eintritt eines möglicherweise kriegerischen Ereignisses bereits voraussehen läßt?

10. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß in der Tatsache, daß im Gegensatz zu Schweden und der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland nur für etwa ein bis zwei Prozent der Bevölkerung Schutzräume zur Verfügung stehen, nicht eine schwerwiegende Belastung für unsere Verteidigungsbereitschaft gesehen werden, und ist die Bundesregierung bereit, im Sinne von Professor Karl Friedrich von Weizsäcker mit größerem Nachdruck auf die Notwendigkeit des Baus von Schutzräumen hinzuweisen und dafür sowohl zusätzliche Mittel als auch die entsprechende Information bereitzustellen?

11. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie hat die Internationale Atomenergieagentur auf den Vorschlag des Bundeskanzlers nach dem Harrisburg-Störfall reagiert, die Sicherheit von Kernkraftwerken international anzuheben und zu harmonisieren?

12. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie ist die Auffassung der Bundesregierung zur Frage des Bundesdatenschutzbeauftragten (Drucksache 8/3570, Seite 24), daß der Betriebsrat im Verhältnis zum Betrieb Dritter im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes sein könnte?

13. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß der Datenschutz möglicherweise die Aufgaben der Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz einschränken könnte, und ist sie bereit, gegebenenfalls solchen Gefahren entgegenzutreten?

14. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Geheimhaltungsbestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes für ausreichend im Hinblick auf den Datenschutz oder sind entsprechende gesetzgeberische Initiativen zu erwarten?

15. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine Kontrollbefugnis des Betriebsrats durch den internen Datenschutzbeauftragten mit Sinn und Zweck der Betriebsratstätigkeit für vereinbar, und wenn nein, wird sie eine gesetzliche Klarstellung veranlassen?

16. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die dänischen Grenzbehörden während der Schleyer-Entführung nicht zu einer verstärkten Grenzkontrolle bereit waren?

17. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Welche Aufgaben können die Boote des Bundesgrenzschutzes (BGS) See auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit in der Nordsee wahrnehmen, und für welche Aufgaben sind sie dort vorgesehen?

18. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wann werden die Verwaltungsbeamten im BGS, die im Einsatzfall die Einheiten begleiten, den Polizeivollzugsbeamten im BGS hinsichtlich der Polizeizulage gleichgestellt?

19. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

In welchem Stadium befindet sich die Errichtung des Stabsgebäudes des BGS See in Neustadt, und wann ist mit seiner Fertigstellung zu rechnen?

20. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Welchen Auftrag erfüllt der Bundesgrenzschutz (BGS) See im Bereich der Nordsee, und auf welcher gesetzlichen Grundlage geschieht dies?

21. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die längerfristige Unterbringung von BGS-Angehörigen auf Patrouillenbooten, die deshalb erfolgt, weil Unterkünfte nicht zur Verfügung stehen, für vertretbar?

22. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung unternehmen (und wann), um eine bessere Ausnutzung der Kapazität der Schiffe des BGS See dadurch zu erreichen, daß eine doppelte Bootsbesatzung (Wechselbootbesatzung) vorhanden ist?

23. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung Vorschläge unterbreiten, um den handwerklichen Berufsabschluß dem mittleren Bildungsabschluß insoweit gleichzustellen, daß der Bewerber mit einem handwerklichen Berufsabschluß gleiche Eintrittsvoraussetzungen in den BGS erhält wie der Bewerber mit dem mittleren Bildungsabschluß, und welche Vorschläge werden dies sein?

24. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den Anschlußbedarf für die durch den Abzug der französischen Streitkräfte frei gewordenen Kasernen in Konstanz und Radolfzell aufrecht, welche Vorbereitungen wurden inzwischen getroffen und welche Investitionen bereitgestellt, um die vorgesehenen Kasernenanlagen für die Belegung durch Einheiten der Bundeswehr herzurichten?

25. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt sollen gegebenenfalls nach den jetzigen Planungen die Kasernenanlagen mit den vorgesehenen Einheiten der Bundeswehr belegt werden, und welcher Investitionsaufwand ist hierfür erforderlich?

26. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Worin bestehen die von der Bundesregierung erwogenen Maßnahmen zum verstärkten Einwirken auf die Automobilindistrie zur Herstellung emissionsarmer Fahrzeuge, nachdem von ihr mehrfach dargelegt wurde, daß sie die Schadstoffemission in den Automobilabgasen nach wie vor für zu hoch und darüber hinaus für besonders gesundheitsgefährdend hält?

27. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, angesichts ihrer Bewertung der Schadstoffemissionen, umgehend besondere Anforderungen an Kraftfahrzeuge zu stellen, die als Dienstfahrzeuge bei den Bundesverwaltungen beschafft werden, und sieht die Bundesregierung auf Grund des entsprechenden Beschlusses der Umweltministerkonferenz vom Oktober 1979 die Möglichkeit für ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage mit den Ländern?

28. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich der Rückgang der Jahresdurchschnittszahlen (sowohl des Deutschen Roten Kreuzes wie des Bundesinnenministeriums) der Aussiedler aus Polen und der CSSR in den Jahren 1956 bis 1969 (jährlich durchschnittlich aus Polen 25877, aus der CSSR 4230) einerseits und den Jahren 1970 bis 1979 (jährlich durchschnittlich aus Polen 20272, aus der CSSR 1237) andererseits, und wie erklärt sich die Zunahme der Jahresdurchschnittszahlen (sowohl des Deutschen Roten Kreuzes wie des Bundesinnenministeriums) der Aussiedler aus der UdSSR in den Jahren 1956 bis 1969 (jährlich durchschnittlich 1544) einerseits und den Jahren 1970 bis 1979 (jährlich durchschnittlich 5659) andererseits?

29. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Gibt es – angesichts der Tatsache, daß Cadmium wie Blei in der TA Luft nicht durch Immissionswerte begrenzt ist – inzwischen Überlegungen der Bundesregierung, solche Grenzwerte festzusetzen, und an welche Werte ist dabei im einzelnen gedacht?

30. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung, obgleich die Bestimmung von medizinisch unbedenklichen Immissionskonzentrationen schwierig ist, da sich die Wirkung von Cadmium erst nach jahrzehnterlanger Anreicherung zeigt, über Fortschritte auf diesem Gebiet berichten, nachdem die Wissenschaft bei der Feststellung solcher bedenklicher Immissionskonzentrationen von Cadmium in letzter Zeit zusätzliche Erkenntnisse gewonnen zu haben scheint?

31. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche neuen Erkenntnisse gibt es insbesondere im Rahmen der Wirkungsforschung über die Schädlichkeit, Wirkungsweise sowie Abgrenzung der Immissionsgrenzwerte bei Cadmium auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie insbesondere bei der menschlichen Nahrungskette?

32. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Regelung bezüglich der Verwendung von Cadmium oder der Festsetzung von Immissionsgrenzwerten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bisher außerhalb der Bundesrepublik Deutschland?

33. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist – nach Jahren aufgegliedert – die Zahl der Übersiedler aus der DDR, die von 1963 einschließlich bis 1969 einschließlich mit Genehmigung der DDR-Behörden außerhalb des Bundesnotaufnahmeverfahrens endgültig in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind?

34. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie lauten die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1970 bis 1979?

35. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich der Unterschied in den Jahresdurchschnittszahlen der Übersiedler aus der DDR via Bundesnotaufnahmeverfahren in den beiden Zeitabschnitten von 1963 (nach dem Ende der Berlin-Krise) bis 1969 (im Durchschnitt 18 435 Personen jährlich) einerseits und von 1970 bis 1979 (im Durchschnitt 9 791 Personen jährlich) andererseits?

36. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, mir meine in der Fragesteunde gestellten Fragen (B 19 und B 20, 10 bis 14. September 1979), „An welchen Reaktordruckbehältern sind bisher in der Bundesrepublik Deutschland kalte Wiederholungswasserdruckproben durchgeführt worden, wann und mit welchen Betriebsparametern (Druck und Temperatur) und mit welchen Ergebnissen sind diese Wasserdruckproben durchgeführt worden?" zu beantworten?

37. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welches sind die Gründe dafür, daß diese zur Beurteilung der Reaktorsicherheit entscheidend wichtige Information mir bisher nicht mitgeteilt wurde?

38. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, wie hoch die finanziellen Bundesmittel waren, die für die Landkreise für Zwecke des Zivil- und Katastrophenschutzes zur Verfügung standen?

39. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob es Bundesmittel gab, die von den Landkreisen nicht abgerufen worden sind, und wenn ja, in welcher Höhe dies der Fall war?

40. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß gegenwärtig viele asylbegehrende Pakistanis mit gefälschten afghanischen Pässen in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, und ist der Bundesregierung bekannt, ob solche Pässe ohne besondere Schwierigkeiten in Pakistan für den Gegenwert von etwa 1 000 DM zu erhalten sind?

41. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundesarchiv den Auftrag zu geben, eine Gesamtdokumentation über die deutsche Außenpolitik von 1919 bis 1939 unter Veröffentlichung aller Dokumente der auswärtigen Politik (deutsche Dokumente, ausländische

Dokumente) nach dem Beispiel der in den 20er Jahren veröffentlichten „Dokumente zur großen Politik der europäischen Kabinette“ sowie der Dokumentenreihe zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs zu erstellen?

42. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundesarchiv den Auftrag zu geben, eine vollständige Dokumentation über die Geschichte des Nationalsozialismus unter Auswertung aller Unterlagen aus den Reichsministerien zu erstellen?

43. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welche Mitglieder der Bundesregierung haben in welchen Orten in den Jahren 1978 und 1979 auf Kundgebungen zum „Tag der Heimat“ am jeweils ersten Sonntag im September gesprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

44. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

In welcher Weise hat die Bundesregierung in der europäischen Finanzministerkonferenz im Januar 1969 „auf die Entwicklung der Agrarfinanzen, auf die kommenden Belastungen und auf notwendige Reformen hingewiesen“, wie es im ZDF am 11. Juni 1980 geheißen hat?

45. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Hat die Bundesregierung neue Erkenntnisse, ob von alliierten Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland dioxinhaltige Herbizide wie Agent Orange verwendet wurden, bzw. kann eindeutig ausgeschlossen werden, daß sie noch heute Anwendung finden?

46. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

In welchem Ausmaß werden nach Kenntnis der Bundesregierung dioxinhaltige Herbizide – wie kürzlich aus der Umgebung von Passau berichtet – unzulässig verwendet, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den zunehmend als gefährlich erkannten Wirkungen des Dioxin Rechnung zu tragen?

47. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie hoch wird der Vergleichswert für eine landwirtwirtschaftliche Abfindungsbrennerei, die als Nebenbetrieb im Sinne des § 13 a Abs. 8 des kürzlich verabschiedeten Gesetzes zur Neuregelung der Einkommenbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft anzusehen ist, vom Finanzamt veranschlagt, und in welchem Verhältnis sind bei Obstgrundstücken der Vergleichswert zum Einheitswert angesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

48. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß nach dem Ergebnis einer vorläufigen Schätzung des Statistischen Bundesamts sich die Selbständigenzahl im Jahr 1979 um 38000 (ohne Landwirtschaft) erhöht hat, und gibt es einen Überblick darüber, wie sich diese Zunahme auf die einzelnen Berufsgruppen aufteilt?

49. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Daten für den Zeitraum von 1974 bis heute über die Entwicklung der Arbeitsplätze und der Produktionskapazitäten im Rohstahlbereich der einzelnen EG-Mitgliedstaaten vor, und wie bewertet die Bundesregierung diese Daten gemessen an den Antikrisenzielen der Europäischen Kommission?

50. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angezeigt, daß die Regionalklasseneinteilung in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung beseitigt oder zumindest für Gebiete mit unzureichenden Straßen gemildert wird, und wird sie Maßnahmen dazu ergreifen?

51. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Kriegswaffenverkäufe aus der Bundesrepublik Deutschland nach Columbien zu genehmigen?

52. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, wieviel mittelständische Betriebe auf Grund von Konkursen und sogenannten stillen Schließungen in den Jahren 1970 bis 1979 geschlossen wurden?

53. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der Tankstellenpächter ein unter besonderer Berücksichtigung des Vergütungssystems der Mineralölkonzerne, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Mittelstandspolitik, die Situation der Pächter zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

54. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung zu dem im ZDF am 11. Juni 1980 erhobenen Vorwurf, die EG-Agrarpreise nicht genug erhöht und damit die Bauern zu einer Mehrproduktion gezwungen zu haben, die sie selbst gar nicht gewollt hätten?

55. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist es richtig, wie die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels erklärt hat, daß von den rund 30 Milliarden Mark des EG-Agrarhaushalts der Landwirtschaft nur acht Milliarden Mark zugutekommen und die restlichen 22 Milliarden Mark „für die unproduktiven Folgekosten wie Lagerung und Vernichtung der Überproduktion" ausgegeben werden, und können eventuelle Überlegungen zur Kostenersparnis nicht am letzteren Punkt ansetzen?

56. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie lange wird es nach Meinung der Bundesregierung dauern, bis die EG-Kommission einen positiven Bescheid gibt, damit die Soforthilfe für die deutsche Fischerei in Form einer Struktur- und Konsolidierungshilfe endlich an die Betroffenen ausgezahlt werden kann?

57. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtungen der Büsumer Fischer, daß durch das Vorrecht der Bundesforschungsanstalt für Fischerei, innerhalb der 12 Meilenzone der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesforschungsschiff „Solea" zu Forschungszwecken nach Seezungen fischen zu können, die Belange der Fischer entscheidend beeinträchtigt werden?

58. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Wirtschaftswege, die aus EG-Mitteln gefördert werden, nur mit einer Gesamtbreite von drei Metern gefördert werden, obwohl die heutige Spurbreite der Landwirtschaftsfahrzeuge bereits bei drei Metern liegt, und wie gedenkt man, der Verkehrssituation (Gegenverkehr usw.) künftig gerecht zu werden?

59. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, aus den bei der Zentralkellerei Breisach eingelagerten Traubenrückständen mit Hilfe von Forschungsmitteln des Bundesernährungsministers Energieträger auf pflanzlicher Basis, z. B. für die Industrie, zu entwickeln, und welche Position bezieht das Branntweinmonopol, wenn ihm Branntwein, der z. Z. aus diesem Traubentrester hergestellt wird, zum Ankauf angeboten wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

60. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind der Bundesregierung auftretende Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Schwerbehinderten bekannt, die auf Grund des erhöhten Urlaubsanspruchs dieses Personenkreises auftreten, und wenn ja, was ist bisher administrativ getan worden bzw. wird getan, um Benachteiligungen zu verhindern?

61. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die gewerkschaftlichen Forderungen nach besserer Anrechnung der Schichtdienste für die jeweils Betroffenen zu unterstützen?

62. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um zu verhindern, daß insbesondere asylsuchende Türken ohne Arbeitsgenehmigung von sogenannten Leihfirmen angeworben und an Unternehmen vermietet werden?

63. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es sich bei der Entscheidung des Gewerbeaufsichtsamts Aachen, wonach ein weiblicher Stukkateurlehrling nach zwei Lehrjahren die Lehre wegen der bei der Arbeit aufzubringenden Kraft und des rauhen Tons auf Baustellen abbrechen mußte (Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1980) um einen Einzelfall handelt, oder ob Mädchen, die eine Ausbildung in bisher typischen Männerberufen absolvieren, häufig mit solchen Schwierigkeiten konfrontiert werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, damit für Mädchen in diesen Berufen in Zukunft solche Probleme nicht mehr entstehen können?

64. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nach der Auswertung zweier Gutachten zum Thema „technischer Fortschritt – Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt" der Auffassung, daß der technische Fortschritt aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft in herkömmlichem Tempo verlaufen dürfte, so daß die erforderlichen Anpassungen ohne unvertretbare Härten bewältigt werden können, und was gedenkt sie zu tun, daß es nicht zu der Massenarbeitslosigkeit kommt, die die Gutachter prognostizieren?

65. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung den Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts künftig begegnen?

66. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in letzter Zeit laut gewordenen Beschwerden über die schleppende Bearbeitung in Versorgungsämtern zur Feststellung von Schwerbehindertengraden bzw. zur Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen, und welche Möglichkeiten sieht sie für eine Beschleunigung der Verfahren?

67. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welche Mitglieder der Bundesregierung haben in welchen Orten in den Jahren 1979 und 1980 auf Kundgebungen zum Tag der Arbeit am 1. Mai gesprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

68. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Sind der Bundesregierung Meldungen über einen größeren Waffenfund in einem niederländischen Wald bekannt, die mit Vorsorgeplänen der NATO in Verbindung gebracht werden, und vermag die Bundesregierung auszuschließen, daß derartige geheime Depots auch in den Wäldern der Bundesrepublik Deutschland angelegt sind?

69. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich jeweils die Treibstoffkosten und davon gesondert die sonstigen Kosten (wie Personal etc.), die bei den einzelnen Flügen des Bundesministers für Forschung und Technologie mit Flugzeugen der Bundeswehr zu Veranstaltungen im Bundestagswahlkreis Esslingen entstanden sind?

70. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Unterkunftssituation zweier Kompanien nach dem Brand in der Hammerstein-Kaserne in Wesendorf?

71. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Unterbringung der Soldaten in der Hammerstein-Kaserne nach dem Brand so schnell wie möglich umfassend zu verbessern?

72. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher Anordnung des Führungsstabs des Heeres ist die materielle Ausstattung der Beobachtungsbataillone der Artillerie bisher durchgeführt worden, und ist hierbei von vorneherein dabei sichergestellt worden, daß diese Verbände überwiegend mit neuem Gerät ausgerüstet werden, um Geräteaussonderungen von vorneherein zu vermeiden und die Einsatzfähigkeit zu garantieren?

73. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Wieviel Beobachtungsbataillone der Artillerie werden im Rahmen der Heeresstruktur 4 auf Grund der Entscheidung des Führungsstabs des Heeres aufgestellt, bzw. bis wann ist diese Aufstellung aufgeschlüsselt nach den einzelnen Verbänden so abgeschlossen, daß diese Bataillone den Einsatzkriterien entsprechen?

74. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum ausgesonderte Fahrzeuge der Bundeswehr zwar über die VEBEG an private Abnehmer, aber nicht direkt an Einrichtungen wie z. B. das Technische Hilfswerk veräußert werden?

75. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Meldungen in der „New York Times" zu, wonach im Rahmen der Neugliederung sowjetischer Truppenverbände in Ost-Mittel-Europa mehr Soldaten, Geschütze und Panzer als bisher in der CSSR, Polen und der DDR stationiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

76. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten eine Erklärung, die von Antragstellern für Sozialhilfe zu unterzeichnen ist, mit der sie den Sozialhilfeträger ermächtigen, bei allen Sparkassen, Banken, der Deutschen Bundespost und sonstigen Finanzinstituten Erkundigungen über Guthaben einzuziehen und gleichzeitig alle Ärzte, die den Antragsteller jemals behandelt haben, von ihrer Schweigepflicht entbunden werden?

77. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich das Rückstandproblem bei Fleisch auf Grund von Untersuchungen in Schlachthöfen entwickelt hat?

78. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wird die Bundesregierung entsprechend ihrem Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft pro familia den durch Versicherungen nicht gedeckten Schaden ersetzen, der durch die gewalttätigen Anschläge auf die Räume von pro familia in Bremen und Hamburg angerichtet wurde, und wird die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die Arbeit von pro familia so bald wie möglich unbehindert wieder aufgenommen werden kann?

79. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben dazu geführt, die Altersgrenze für die Förderung der Ausbildung zur Schwesternhelferin auf 50 Jahre festzusetzen?

80. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, diese Altersbegrenzung aufzuheben bzw. zu erhöhen?

81. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Gesundheitssicherstellungsgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr von der Regierung eingebracht wird, und was sind die Gründe für eine solche Verzögerung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

82. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)	Welche Kanäle in der Bundesrepublik Deutschland sind für die Befahrbarkeit von Europakähnen ausgebaut, und in welchen Fällen bestehen entsprechende Pläne?
83. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)	Wie hoch ist der durchschnittliche, jährliche Unterhaltungsaufwand pro Kanalkilometer, und konnte ein entsprechender Unterhaltungsaufwand auch beim Elbe-Lübeck-Kanal in den letzten 15 Jahren realisiert werden?
84. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)	Wie hat sich die Tarifpolitik der Deutschen Bundesbahn auf Parallelstrecken zum bundesdeutschen Kanalsystem gestaltet?
85. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	Entspricht es den Tatsachen, daß zur Zeit bei der Deutschen Bundesbahn ein Mangel an Lokomotivführern besteht, und wenn ja, wie kann Abhilfe geschaffen werden?
86. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)	Ist geplant, die einspurige Bahnunterführung der Haster Straße in der Gemeinde Belm (K 316) zu erweitern, gegebenenfalls wann oder warum nicht?
87. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)	Welche verkehrsrechtlichen und verkehrstechnischen und sonstigen Schutzvorkehrungen an öffentlichen Verkehrswegen (Bundesbahn, Bundesautobahn, sonstige Bundesstraßen) bestehen hinsichtlich solcher Verkehrswege, die durch das Gelände oder in der Nähe von Gelände (z. B. chemische Werke) verlaufen, bei denen gefährdende Katastrophen nicht auszuschließen sind?
88. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)	Welche Schutzvorkehrungen an den genannten Verkehrswegen sind beabsichtigt?
89. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung infolge des Störfalls vom 7. November 1979 in Dormagen hinsichtlich des Schutzes von Verkehrsteilnehmern auf Verkehrswegen, die der Verantwortung des Bundes unterliegen (Bundesbahn, Bundesautobahn), getroffen?
90. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den unterschiedlichen Unterhaltungsaufwand von Beton- und Asphaltstraßen?
91. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß eine Verlegung der Ochtum im Rahmen der Neuordnung des Flughafens Bremen geplant ist?
92. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Ist daran gedacht, die B 322 im Raum Groß Mackenstedt/Gemeinde Stuhr in Niedersachsen – zwischen B 75 und BAB A 1 – zur Bundesautobahn heraufzustufen?
93. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)	Gibt es bei der Bundesregierung bereits Überlegungen, wie das Problem der besonderen Anrechnung der Schichtdienste in den Betriebsverwaltungen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost einer Lösung zugeführt werden kann?

94. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, als Anreiz zur Bildung von Fahrgemeinschaften im innerstädtischen Bereich sowie zur Vermeidung von Unfällen durch anhaltende Fahrzeuge auf Autobahnauffahrten Tramperhaltestellen an Raststätten, Tankstellen und Autobahnzubringern in sicherer Lage einzurichten, ist sie gegebenenfalls bereit, solche Vorschläge versuchsweise zu erproben?

95. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Behinderung des Verkehrs am Grenzübergang Herleshausen zu beenden, die durch das Verhalten eines Lastkraftwagenfahrers entstanden war, der damit in einem Tarifkonflikt die Gewerkschaft ÖTV unterstützen wollte, und wie hat die Bundesregierung Sorge getragen, damit es in Zukunft überhaupt nicht zu derartigen Behinderungen des Verkehrs von und nach Berlin sowie mit Mitteldeutschland kommt?

96. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Warum kann die Fahrkarte für Kinderreiche zum halben Preis nicht auch in Bahnbussen gelöst werden, und ist in absehbarer Zeit hier eine Änderung zugunsten der Benutzer beabsichtigt?

97. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit der Verlegung der B 11 in Deggendorf zu rechnen?

98. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Ursachen sind maßgebend dafür, daß die Teilstrecke zwischen Stuhr-Brinkum/Bremer Kreuz (A 1 – Hansalinie) zur Zeit repariert werden muß, und kann in diesem Zusammenhang der Bundesverkehrsminister eine frühere schadhafte Bauausführung ausschließen?

99. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie ist zur Zeit der Stand der Planung hinsichtlich der Errichtung der neuen Bundesbahnstrecke Köln – Groß-Gerau, insbesondere im Bereich der Stadt Wesseling, und gibt es inzwischen neue Erkenntnisse hinsichtlich der Streckenführung in dem genannten Gebiet?

100. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Über welche Möglichkeiten verfügt die Bundesregierung, um die Teilnahme der ALITALIA-Fluggesellschaft am deutschen Linienflugverkehr wegen erwiesener Unzuverlässigkeit zu beenden, wenigstens aber einzuschränken?

101. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Was bedeutet die in das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 aufgenommene Ortsumgehung Halle im Zuge der B 68 neu terminlich und im Verfahrensablauf konkret für die betroffene Stadt Halle, und wieviel Geld steht für diese Baumaßnahme in welchen Haushaltsjahren zur Verfügung?

102. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Ortsumgehung St. Goarshausen zur B 42 1980 nicht programmgemäß fortgeführt werden kann, weil die noch für 1980 zur Verfügung stehenden Mittel auf Grund der Haushaltslage des Bundes gesperrt werden mußten, und ist zu befürchten, daß infolge dessen für 1981 weitere Mittelkürzungen anstehen, die die Fortführung dieser dringlichen Baumaßnahme verzögerten?

103. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Ist es zutreffend, daß der Ausbau der B 274 bei St. Goarshausen in diesem Jahr nicht weiter fortgeführt werden kann, und was sind gegebenenfalls die Gründe dafür?

104. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist sichergestellt, daß im Rahmen des Baus der Bundesautobahn A 1 von Euskirchen bis Tondorf und der damit verbundenen Landschaftseingriffe die erforderlichen Landschaftsschutzmaßnahmen in Form von Anpflanzungen und Begrünung der aufgeworfenen Erdwälle wie beabsichtigt vorgenommen werden, oder ist es nicht auszuschließen, daß durch die Kürzung finanzieller Mittel für den Straßenbau in diesem Bereich von derartigen Landschaftsschutzmaßnahmen ganz abgesehen wird?

105. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, öffentliche Betriebsgebäude (z. B. ausgediente Bahnhofsgebäude) nach Stillegung kostenfrei an öffentliche Träger zum Zweck eines gemeinnützigen Weitergebrauchs abzugeben?

106. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ähnlich ungünstige Beförderungserwartungen wie im gehobenen Postdienst auch im höheren Dienst der Deutschen Bundespost bestehen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese äußerst ungünstigen Beförderungserwartungen zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

107. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung eine aus dem Grundgesetz sich ergebende und vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Pflicht, daß alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, mithin auch das Land Berlin, eine Politik führen müssen, die der freiheitlichen Wiedervereinigung unseres Landes dient, und falls ja, ist die Äußerung des Berliner Regierenden Bürgermeister Stobbe, die Wiedervereinigung „störe die für den Frieden wesentliche delikate Machtbalance zwischen Ost und West", deshalb müsse die Teilung Deutschlands und Berlins zum Zwecke der Erhaltung des Friedens aufrecht erhalten werden (vgl. „Die Welt" vom 2. Juni 1980), mit dieser Pflicht vereinbar?

108. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf das Land Berlin in dem Sinne einzuwirken, daß öffentliche Äußerungen seiner Amtsträger in der oben erwähnten Art vermieden, und durch ein klares Eintreten für die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit ersetzt werden?

109. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Gibt es seitens der Bundesregierung Bestrebungen, in den deutsch-deutschen Reise- und Besucherverkehr (einschließlich Berlin) auch Zweiräder (Fahr- und Motorräder) einzubeziehen?

110. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welche Mitglieder der Bundesregierung haben in welchen Orten in den Jahren 1979 und 1980 auf Kundgebungen zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni gesprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

111. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Fördermaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um drohende Engpässe bei der polykristallinen Silicium-Produktion (vgl. z. B. VDI-Nachrichten vom 4. April 1980 – Technik heute) zu verhindern und insbesondere damit die Nutzung der Sonnenenergie zu fördern?

112. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Auf welchen Gebieten der technischen Entwicklung hält das Bundesforschungsministerium eine breit angelegte aber gezielte („indirekt-spezifische“) Förderung für angebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

113. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Welche Initiativen mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung unternommen, um möglichst alle Ausbildungsberufe für Frauen zu öffnen?

114. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

In welchen Berufen bestehen noch rechtliche Hindernisse bei der Ausbildung von Frauen, und wie lassen sich diese nach Auffassung der Bundesregierung abbauen?

115. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Praktikum nach § 2 Abs. 4 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) nur förderungsfähig ist, wenn es „im Zusammenhang“ mit dem Besuch einer entsprechenden Ausbildungsstätte zwingend vorgeschrieben und inhaltlich geregelt ist, d. h. also Bestandteil der Ausbildung ist, und daß hiervon die allgemeinen Zugangsvoraussetzungen zu unterscheiden sind, die bei zahlreichen Ausbildungsgängen neben einer bestimmten Allgemeinbildung zusätzliche berufliche Erfahrung verlangen?

116. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Ist demnach also die in der Ausbildungsordnung für Sozialpädagogen in Hessen vom 25. März 1977 vorgeschriebene Praxisbetätigung bei Abiturienten von mindestens einem halben Jahr kein Bestandteil (Praktikum im Rahmen) der sozialpädagogischen Ausbildung, und kann diese Zeit demzufolge nicht nach § 2 Abs. 4 BAFöG gefördert werden?

117. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie ist dies in anderen Ländern wie z. B. in Bayern und Niedersachsen geregelt, und worin unterscheiden sich insoweit die Ausbildungsordnungen der einzelnen Länder?

118. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung zur Unterstützung ihrer Appelle zu nichtakademischen Berufsausbildungen die Einbindung solcher Vorpraktika in die Ausbildungsordnungen für geboten, und wie wird sie gegebenenfalls sicherstellen, daß Praktika nach BAFöG gefördert werden?

119. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie stellt sich der Bundesregierung zum Ende des Sommersemesters 1980 die Situation der sogenannten Numerus-Clausus-Fächer an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland dar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

120. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, künftig an Entwicklungsländer Wirtschaftshilfe nur noch zu gewähren, wenn sie damit die Erwartung verbindet, daß die jeweilige Regierung dieser Länder der Beachtung der Menschenrechte besondere Aufmerksamkeit widmet und daß die wirtschaftliche Hilfe vorrangig zur Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der breiten Bevölkerungsschichten verwendet wird (vgl. Antrag Drucksache 8/4251)?

121. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

In welcher Höhe hat Columbien in den vergangenen zehn Jahren Entwicklungshilfe von der Bundesrepublik Deutschland erhalten?

122. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Mit welchem Betrag finanzierte die Bundesregierung das Gutachten „Schadverhalten der Ziege am semiariden Standort" des Instituts für Tropische Veterinärmedizin der Justus-Liebig-Universität Gießen, das als Forschungsvorhaben des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgewiesen ist?

123. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche konkreten entwicklungspolitischen Schlußfolgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß nach der Studie die Ziegen „jeden Bissen durchschnittlich 59 mal in 40 sec (= 88 Kauschläge pro Minute) kauten" (Seite 27 des Gutachtens), daß die beobachteten Tiere 10 bis 12 cm lange Ohren (Seite 4 des Gutachtens) und zum Teil vorne rechts und hinten links weiße „Socken" (Seite 9 des Gutachtens) hatten, daß verirrte Tiere versuchten, „durch lautes Meckern und Blöken eine Antwort der Herdenmitglieder zu induzieren" (Seite 30 des Gutachtens) und daß schließlich der Besitzer der Herde ein Leuchtturmwärter (Seite 7 des Gutachtens) war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

124. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Beträge wurden 1979 bzw. werden 1980 und in den folgenden Jahren aus Bundesmitteln für die Stadtkernsanierung ausgegeben?

125. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Um wieviel Projekte handelt es sich jeweils dabei, und wie hoch sind die Prozentsätze der Kostendeckung durch die öffentliche Förderung der Stadtkernsanierung aus Bundesmitteln?

Bonn, den 20. Juni 1980